



mit aktuellen BUND-Terminen

Wie das Eis auf Grönland

Es war nur eine symbolische Aktion, aber sie zog Journalisten und Touristen gleichermaßen an. Während Bürgermeister Olaf Scholz seine Gäste im Hamburger Rathaus zum Energieforum begrüßte, schmolzen vor dem Portal 40 Eisblöcke in der Sommerhitze dahin.



Paul Schmid

Die Eisblöcke standen für das Klimaziel des Hamburger Senats. Wie die gesamte Bundesrepublik sollte die Stadt vierzig Prozent weniger CO₂ bis zum Jahr 2020 ausstoßen und zwar gegenüber dem Bezugsjahr 1990.

Kaum geht es der Wirtschaft aber besser, sind die Ziele offensichtlich Makulatur. Im aktuellen Entwurf des Masterplans Klimaschutz steht nur noch ein Hamburger Beitrag von »knapp 30 Prozent«. »Die Klimaziele des Senats schmelzen dahin wie das Eis auf Grönland« lautete deshalb das Motto der BUND-Aktion am 5. Juni vor dem Hamburger Rathaus.

Tatsächlich zeigen die aktuellsten Zahlen des Statistikkamtes Nord, dass der CO₂-Ausstoß in Hamburg von 2009 auf 2010 nach einem jahrelangen Rückgang erstmals wieder drastisch ansteigt und nun sogar über dem Niveau des Jahres 2006 liegt.

Anstatt gegenzusteuern und die Klimaanstrengungen zu verstärken, hat der Senat die Haushaltsmittel dafür innerhalb von drei Jahren jedoch um fast 50 Prozent gekürzt.

Aus Sicht des BUND liegen bislang weitgehend ungenutzte Einsparpotenziale insbesondere in den Bereichen Fernwärme und Verkehr. So sieht das städtische Basisgutachten zum Masterplan Klimaschutz aus dem Jahr 2010 ein Einsparpotenzial im Verkehrsbereich von rund 400.000 Tonnen CO₂ pro Jahr. Lediglich 10.000 Tonnen davon will der Hamburger Senat bis 2020 realisieren. Aus Sicht des BUND ein verkehrs- und klimapolitischer Offenbarungseid.

Ebenfalls etwa 400.000 Tonnen pro Jahr sind laut Basisgutachten mit dem Umbau des Fernwärmenetzes hin zu kleineren »Subnetzen« und verstärkter Einspeisung erneuerbarer Energien möglich. Doch der Senat und sein »Partner« Vattenfall halten an der alten Struktur mit fossiler Versorgung fest.

Wenn Hamburg seine Klimapolitik nicht grundlegend ändert, wird die derzeitige Regierung als diejenige mit der schlechtesten Klimabilanz in die Hamburger Stadtgeschichte eingehen.

Schlechte Bilanz. Der BUND protestiert gegen die rückwärts-gewandten Klimabemühungen des Hamburger Senats.

ps



Liebe BUND-Mitglieder, liebe Leserinnen und Leser,



Als der BUND Hamburg im Frühjahr 2010 bei der Verbraucherzentrale Hamburg und bei der Ev. Kirche in Hamburg anfragte, wie beide zu einer möglichen Volksinitiative zur Rekommunalisierung der Energienetze in Hamburg stehen, kamen schnell Zusagen für Unterstützung und Zusammenarbeit. Denn es war klar: Hier geht es nicht um eine technische Detailfrage, sondern um Grundsätzliches. Wenn die Energienetze in Händen der Kommune sind, ist das nicht nur gut für die Energiewende, sondern auch für den verbraucherfreundlichen Wettbewerb

und die Stärkung der öffentlichen Verantwortung für die Daseinsvorsorge.

Während der BUND und die anderen im Umweltbereich tätigen Bündnispartner der Hamburger Volksinitiative immer wieder dargelegt haben, warum die Energienetze zentrale Bedeutung für die Energiewende und den Klimaschutz haben, steht für die Verbraucherzentrale die Frage nach dem Wettbewerb und der Preise im Vordergrund – im Hinblick auf Vattenfall und E.ON kein neues Thema. So konnte die Verbraucherzentrale Vattenfall dazu zwingen, erstmals überhaupt die Fernwärmepreise für Hamburg im Internet zu veröffentlichen und den Missbrauch von Werbemitteln des Netzbetreibers Vattenfall zu Gunsten des im selben Konzern arbeitenden Stromlieferanten Vattenfall unterbinden. Ein neutraler Netzbetreiber wie die Kommune – so die Überzeugung der Verbraucherzentrale – wird als Herrscher über das natürliche Monopol der Energienetze den Wettbewerb bei Strom und Gas fördern und bei Fernwärme überhaupt erst herstellen können. Das nützt den neuen Energieanbietern und den Verbrauchern (mehr dazu unter www.vzhh.de).

Für die Ev. Kirche sind zwei Aspekte von besonderer Bedeutung. Zum einen ist es – in lang und gut erprobter

Partnerschaft auch mit dem BUND – das Engagement für Klimaschutz und Energiewende. Zum anderen ist es der Einsatz dafür, dass all das, was Menschen für eine bedingungslose Teilhabe am gesellschaftlichen Leben benötigen, nicht kommerziellen Gesetzmäßigkeiten und dem privaten Gewinnstreben untergeordnet werden darf. Viele Kirchen, insbesondere in ärmeren Ländern, wissen um die mitunter katastrophalen Auswirkungen, die eine Privatisierung oder auch nur eine Deregulierung in diesem Bereich der Daseinsvorsorge haben können. Die Ev. Kirche ist aber kein Interessenverband und auch keine Partei, sondern eine Institution, geprägt von großer interner Vielfalt an Weltanschauungen und Liberalität. Deshalb engagiert sich in dieser Auseinandersetzung mit ihrer spezifischen tagespolitischen Bedeutung im förmlichen Sinne nur ein kirchlicher Arbeitsbereich, nämlich »Diakonie + Bildung« des Ev. Kirchenkreises Hamburg-Ost und stellt neben dem BUND und der Verbraucherzentrale einen der Vertrauensleute (www.diakonieundbildung.de).

Das Bündnis, das diese drei Organisationen gegenüber der Stadt vertreten, ist mittlerweile breit aufgestellt und wächst weiter. Daran wird deutlich, wie richtig und notwendig die Entscheidung vor drei Jahren war und wie wichtig es ist, die damit verbundenen Auseinandersetzungen weiter zu führen, ganz sicher auch über den Stichtag dieses Volksentscheides hinaus.

Günter Hörmann

Geschäftsführer der Verbraucherzentrale Hamburg

Theo Christiansen

Leiter des Arbeitsbereichs »Diakonie + Bildung«
des Ev. Kirchenkreises Hamburg-Ost

Volkspetition Luftschadstoffe in der Bürgerschaft – jetzt anmelden!

Niemand hätte damit gerechnet, dass es so knapp wird: Im Januar 2013 hatte der BUND insgesamt über 13.000 Unterschriften für die Einhaltung der gesetzlichen Grenzwerte für Stickstoffdioxide (NO₂) bei der Hamburger Bürgerschaft abgegeben. Mit 10.008 gültigen Stimmen zählte der beauftragte Bezirk Nord jedoch nur wenige Stimmen mehr, als zum Zustandekommen einer Volkspetition erforderlich sind.

Doch geschafft ist geschafft, zumal seither noch Hunderte von Stimmen beim BUND eingegangen sind. Viele Ladeninhaber und andere Personen haben einfach weitergesammelt.

Der BUND hatte die Volkspetition im Sommer vergangenen Jahres auf den Weg gebracht, als ein erster Entwurf des neuen Luftreinhal-

teplans des Senats bekannt wurde. Darin gab die zuständige Behörde (BSU) bereits zu, dass die genannten Maßnahmen nicht ausreichen, selbst in einer verlängerten Frist bis zum Jahr 2015 einzuhalten.

Nach der erfolgreichen Volkspetition hat die Bürgerschaft nun eine öffentliche Anhörung einberufen, um die Problematik mit geladenen Experten und der Bevölkerung zu erörtern. Damit ausreichend Plätze zur Verfügung stehen, sollten sich Interessierte frühzeitig beim BUND anmelden.

- Dienstag, 3. September 2013, 17 Uhr, Hamburger Rathaus (gemeinsame Sitzung des Umwelt- und Verkehrsausschusses)
- Anmeldung: www.bund-hamburg.de oder (040) 600 387 0

Stopp für die Weservertiefung – Signal für die Elbe

Der von der Hafenwirtschaft lang ersehnte Beschluss zur Weservertiefung kommt vorerst nicht. Das Bundesverwaltungsgericht setzte Anfang Juli das Verfahren aus und lässt wesentliche Fragen jetzt vor dem Europäischen Gerichtshof (EuGH) klären.



Die Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts (BVerwG) in Leipzig war absehbar. Bereits nach der dreitägigen mündlichen Verhandlung im Mai dieses Jahres ließ das Gericht keinen Zweifel daran, dass der 1.688 Seiten umfassende Planfeststellungsbeschluss fehlerhaft ist und eine Vielzahl von Fragen in allen Bereichen des Naturschutzrechts aufwirft.

In der gerichtlichen Auseinandersetzung zwischen dem BUND und der Wasser- und Schifffahrtsdirektion Nordwest (WSD) ging es um den vorgesehenen Ausbau der Weser, der sowohl den 57 Kilometer langen Abschnitt der Unterweser zwischen Bremen und Bremerhaven als auch den 65 Kilometer langen Lauf der Außenweser von Bremerhaven durch das Wattenmeer in die Nordsee umfasst.

Von der aufschiebenden Entscheidung aus Leipzig erwartet das »Aktionsbündnis Lebendige Tideelbe« von BUND, NABU und WWF nun weitreichende Folgen für die deutsche Gewässerpolitik und auch für das anhängige Gerichtsverfahren zur Elbvertiefung. »Der Beschluss ist ein wichtiger Schritt zur Verbesserung des Gewässerschutzes in Deutschland und ein überfälliges Stoppsignal für die Ignoranz im Gewässerschutz«, kommentierten die Umweltverbände den Beschluss der Bundesverwaltungsrichter.

Auch im Verfahren zur Elbvertiefung ist das Wasserrecht aus Sicht des Aktionsbündnisses falsch angewandt worden. Das Bündnis hatte bereits im vergangenen Jahr auf die Planungsfehler und den Widerspruch zur europäischen Wasserrahmenrichtlinie hingewiesen. Die Verbände gehen davon aus, dass zumindest kurzfristig nun nicht mehr mit einer Zustimmung des BVerwG zur Elbvertiefung gerechnet werden kann.

Die lange Dauer des Verfahrens zur Elbvertiefung sei darauf zurückzuführen, dass in der Hamburger Politik bislang wirtschaftlichen Interessen der Vorrang eingeräumt wurde. Es werde höchste Zeit, dass Flüsse nicht nur als Wasserstraße, sondern tatsächlich als Lebensräume angesehen und behandelt werden, die in einen guten ökologischen Zustand gebracht werden müssen. Dazu habe der Beschluss des BVerwG jetzt einen wichtigen Beitrag geleistet.

Ob die Vorlage der Fragen zur Anwendung des europäischen Wasserrechts beim EuGH die gerichtliche Entscheidung über die Elbvertiefung verzögern oder gar zur Ablehnung des Vorhabens führen wird, ist nicht vorhersehbar. BUND, WWF und NABU raten der Politik und der Hafenwirtschaft jedoch dringend, schnellstmöglich eine effiziente Kooperation der Häfen von Hamburg und Bremen mit dem Tiefwasserhafen an der Jade voranzubringen. Diese würde die Flussvertiefungen überflüssig machen, wäre deutlich kostengünstiger und vor allem ohne zusätzliche Eingriffe in die Natur möglich.

Schließlich warnen die Umweltverbände seit Jahren vor den dramatischen Beeinträchtigungen der Elbe durch eine weitere Vertiefung. Erst Ende Juli wurden diese Befürchtungen wieder bestätigt, als der Sauerstoffgehalt des Flusses bei Seemanshöft von mehr als 6 Milligramm pro Liter Wasser rapide auf unter 3 mg/l absackte. Bereits Sauerstoffwerte von unter 4 mg pro Liter wirken sich negativ auf Fische aus – diese bekommen schlichtweg keine Luft mehr.

Man kann davon ausgehen, dass sich das seit der letzten Elbvertiefung 1999 fast jährlich zu beobachtende »Sauerstoffloch« bei einer weiteren Flussvertiefung nochmals deutlich verschärfen würde.

Weservertiefung. Im Gegensatz zur Hafenwirtschaft sieht der BUND Flüsse nicht nur als Wasserstraßen.

Die Bedeutung der Netze für Strom, Gas und Fernwärme ist in Hamburg derzeit das umweltpolitische Streitthema Nr. 1. Nun steuert die Initiative »Unser Hamburg – Unser Netz« auf den Volksentscheid am 22. September zu. Der BUND Hamburg hat die Initiative vor über drei Jahren mitgegründet und ist nach wie vor der Überzeugung: »Die Netze sind der Schlüssel für die Energiewende.«



Am 22. September, dem Tag der Bundestagswahl, werden in der Energiepolitik die Weichen neu gestellt. Auf Bundesebene geht es um den Ausbau der erneuerbaren Energien, um Stromtrassen und die Endlagersuche für den noch Jahrtausende strahlenden Abfall der Atomkraftwerke.

Beim Volksentscheid in Hamburg stimmen die Wählerinnen zusätzlich darüber ab, ob sie die zentrale Infrastruktur der Energieversorgung, die Energienetze, wieder in der Regie der Öffentlichen Hand sehen wollen.

Führende Wissenschaftler sind sich einig, dass im liberalisierten Markt zwar jeder Anbieter das Recht hat, seinen Strom, sein Gas oder seine Fernwärme in das jeweilige Netz einzuspeisen. Will man aber im Sinne des Klimaschutzes einen möglichst großen Anteil erneuerbarer Energien oder besonders effiziente Technologien fördern, müssen die Netze genau dafür entsprechend angepasst werden.

Professor Christian Jänig sprach sich deshalb bei einer BUND-Veranstaltung grundsätzlich dafür aus, Energienetze in kommunaler Verantwortung zu betreiben. »Mit den Konzernen geht das nicht«, lautete die eindeutige Botschaft des Wissenschaftlers, der als langjähriger Geschäftsführer der Stadtwerke Unna die Energiewirtschaft seit vielen Jahren aus der Praxis kennt.

Claudia Kemfert, Professorin für Energieökonomie und Nachhaltigkeit und Abteilungsleiterin am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung, geht noch weiter und sagt: »Wer die Netze hat, hat die Macht!«

Wer Strom verkauft, hält nichts vom Sparen

In den nächsten Jahrzehnten geht es nicht mehr darum, Energie aus großen Kraftwerken großflächig zu verteilen,

sondern darum, viele kleinere Kraftwerke ans Netz zu bringen, welche die Energie effizient und bedarfsgerecht produzieren. Gleichzeitig können große Stromverbraucher wie etwa Kühlhäuser zentral gesteuert werden, um Schwankungen im Netz auszugleichen.

Dass große Energiekonzerne wie Vattenfall oder E.ON an einem derartigen Systemwechsel wenig Interesse haben, liegt auf der Hand. Schließlich sind sie gleichzeitig als Versorger am Markt und wollen ihre großen Atom- und Kohlekraftwerke möglichst lange am Netz lassen.

Vattenfall verklagt sogar die Bundesrepublik Deutschland vor dem internationalen Schiedsgericht der Weltbank. Rund 3,7 Milliarden Euro zuzüglich Verfahrenskosten will das schwedische Unternehmen laut Berliner Zeitung für entgangene Gewinne aufgrund des deutschen Atomausstiegs nach der Reaktorkatastrophe von Fukushima erzielen.

Für den Klimaschutz und die Verbraucher ist eine solche Ausrichtung auf Großkraftwerke verheerend. Besonders deutlich wird dies beim Thema Fernwärme.

Mit einer riesigen Wärmeleitung durch Altona wollte Vattenfall die bisher vom Kohlekraftwerk Wedel versorgten Stadtteile an das neue Kohlekraftwerk Moorburg anschließen und so das Wärmeangebot im Hamburger Westen für die nächsten 40 Jahre festschreiben. Erst nach massiven Protesten in der Bevölkerung und einer erfolgreichen Klage des BUND musste der Konzern die Pläne aufgeben, plant jetzt aber ein ebenfalls überdimensioniertes Gaskraftwerk in Wedel.

Ein dezentral gespeistes und kommunales Wärmenetz dagegen könnte optimal mit der energetischen Sanierung von Gebäuden und dem dann sinkenden Wärmebedarf in Einklang gebracht werden.

Volksentscheid am 22. September

Energiewende

Erpressung des Senats

Der Hamburger Senat ist sich dieser Zusammenhänge durchaus bewusst. Schließlich hat er im vergangenen Jahr 543,5 Millionen Euro bezahlt, um einen Anteil von 25,1 Prozent an den Hamburger Netzen zu erwerben. Nur: Mit 25,1 Prozent kann man bestenfalls Entwicklungen verhindern, um zu gestalten, reicht es nicht.

Bürgermeister Olaf Scholz nennt einen für ihn entscheidenden Beweggrund für diese nicht einmal halbherzige Lösung: Er scheut die rechtliche Auseinandersetzung mit Vattenfall. Zwar regelt der zwischen dem Konzern und der Stadt im Jahr 1994 geschlossene Konzessionsvertrag für die Fernwärme, dass dieser wie auch die Verträge für das Strom- und Gasnetz eine Laufzeit von 20 Jahren hat.

Lediglich aufgrund einer unsauberen Formulierung im Vertrag streitet Vattenfall dieses Recht Hamburgs aber ab und beharrt darauf, sein Fernwärmemonopol für immer zu behalten. Mehr noch: Vattenfall hat den Verzicht auf eine juristische Klärung zur Eingangsbedingung für die Vertragsverhandlungen mit dem Hamburger Senat gemacht.

Der Volksentscheid ist die letzte Chance, diesen unglaublichen Vorgang zurückzudrehen und den erpresserischen Vertrag für nichtig zu erklären.

Ein Bündnis für die Netzzücknahme

Nicht ohne Grund stellen der BUND, die Verbraucherzentrale und ein Arbeitsbereich der Evangelischen Kirche die Vertrauensleute für die Initiative Unser Hamburg – Unser Netz. Schließlich kann ein kommunaler Betrieb der Energienetze nicht nur den Klimaschutz befördern. Er lohnt sich auch für die Hamburger Bürgerinnen und Bürger. So können die städtische Energiesparberatung, Förderprogramme oder Einsparprogramme unabhängig von privatwirtschaftlichen Interessen viel besser an die Bedürfnisse der Kunden und an politische Ziele angepasst werden.

Auch die Erlöse aus dem Netzbetrieb gehen nicht mehr in die Hände der Aktionäre, sondern werden für öffentliche Aufgaben verwendet. Mehr noch: Der Verband kommunaler Unternehmen betont ausdrücklich, dass Gewinne steuermindernd mit oft defizitären Bereichen wie den städtischen Bädern oder dem Verkehrsverbund verrechnet werden können. Das Geld kommt damit direkt der Bevölkerung zugute.

Würden die städtischen Versorgungsbereiche unter einem Dach zusammengefasst oder zumindest eng kooperieren, ergäben sich viele weitere Vorteile.

Müssten etwa in einer Straße die Wasser- und Stroleitungen erneuert werden, könnte dies zeitlich und wirtschaftlich aufeinander abgestimmt werden. Das heißt weniger Aufwand, weniger Belastung der Anwohner und geringere Kosten.

Ein gutes Geschäft für die Stadt

Leider organisieren die Gegner der Netzzücknahme derzeit eine beispiellose Angstkampagne mit dem Ziel, die Hamburger beim Volksentscheid am 22. September davon abzuhalten, für die Netzzücknahme zu stimmen. Die Rekommunalisierung sei ein nicht kalkulierbares finanzielles Risiko für die Stadt.

Doch das Gegenteil ist der Fall. Die Netzentgelte für Strom und Gas werden von einer Regulierungsbehörde so festgelegt, dass der Betreiber einen attraktiven Überschuss erzielt. Beim Fernwärmenetz gibt es zwar keine regulierten Preise und Vattenfall tut alles dafür, seine Gewinne zu verschleiern. Experten gehen jedoch davon aus, dass in den letzten Jahren Renditen erzielt wurden die deutlich über 20 Prozent lagen.

Die Energiekonzerne sehen sich also nicht als Wohltäter der Stadt: Sie kalkulieren knallhart. Und wenn der Netzbetrieb in den nächsten 20 Jahren kein erfolversprechendes Geschäft wäre, würden Vattenfall und E.ON ihr derzeitiges Monopol nicht mit Zähnen und Klauen verteidigen.

Die aktuelle Ankündigung von Vattenfall, sich möglicherweise aus dem deutschen Markt zurückzuziehen, ist in dieser Situation kein Widerspruch, sondern ein zusätzlicher Risikofaktor für Hamburg. Der Konzern kann seine Gesellschaften umso lukrativer veräußern und die Stadt eines Tages vor vollendete Tatsachen stellen.

Übrigens: Nicht nur viele Hamburger SPD-Mitglieder an der Basis – laut Umfragen des Hamburger Abendblatts über 60 Prozent – wollen eine Rücknahme der Energienetze. Auch Vertreter der Bundes-SPD sprechen regelmäßig davon, dass die Energiewende nur gelingen kann, wenn die Monopole der großen Unternehmen beendet werden. Selbst die SPD-Regierung in Berlin hat sich für eine mehrheitliche Rücknahme des Strom- und Gasnetzes ausgesprochen.

Nur ein »Ja zu 100 Prozent« beim Volksentscheid am 22. September kann den Hamburger Sonderweg beenden.

UNSER
HAMBURG
UNSER
NETZ

☒ JA zu 100 %

WEIL ES SICH LOHNT!

UNSER HAMBURG – UNSER NETZ e. V.

Lange Reihe 29, 20099 Hamburg

► Tel. (040) 600 387-16

► info@unser-netz-hamburg.de

► www.unser-netz-hamburg.de

Stimmzettel zum Volksentscheid UNSER HAMBURG UNSER NETZ

Senat und Bürgerschaft unternehmen fristgerecht alle notwendigen und zulässigen Schritte, um die Hamburger Strom-, Fernwärme- und Gasleitungsnetze 2015 wieder vollständig in die Öffentliche Hand zu übernehmen. Verbindliches Ziel ist eine sozial gerechte, klimaverträgliche und demokratisch kontrollierte Energieversorgung aus erneuerbaren Energien.

Stimmen Sie dieser Vorlage zu?

JA ☒ NEIN

Volksdorfer Teichwiesen – ein isoliertes Kleinod



Idylle am Zaunpfahl. Eine Entschlammung des großen Teiches würde die Libellenbestände dramatisch verringern.

Der »Volksdorfer Teichwiesentag« der BUND-Gruppe Wandsbek ist für die Gäste immer ein ganz besonderes Erlebnis. An diesem Tag dürfen diese die Schönheit des Naturschutzgebietes und die Vielfalt der Tier- und Pflanzenarten aus der Nähe bewundern.

Der Zeitpunkt für den diesjährigen Teichwiesentag Anfang Juni konnte kaum besser sein. Die auch vom Wanderweg aus gut sichtbaren Orchideenbestände standen in voller Blüte und prägten das Bild der Feuchtwiesen zwischen Sasel und Volksdorf. Seltenheiten wie das Zittergras oder den Kleinen Baldrian entdeckten die meisten Teilnehmer jedoch erst mit Hilfe der Gebietsbetreuer der BUND-Gruppe. Diese waren besonders erfreut, dass auch der Sumpfwiesenperlmutterfalter in beträchtlicher Anzahl zu sehen war. Der Schmetterling ist »Falter des Jahres 2013« und hat in den Teichwiesen sein einziges Vorkommen in Hamburg. Nach einer Zählung vom 7. Juni ist der Bestand mit weit über hundert Tieren so stark wie selten in den letzten zwanzig Jahren.

wiesen zwischen Sasel und Volksdorf. Seltenheiten wie das Zittergras oder den Kleinen Baldrian entdeckten die meisten Teilnehmer jedoch erst mit Hilfe der Gebietsbetreuer der BUND-Gruppe. Diese waren besonders erfreut, dass auch der Sumpfwiesenperlmutterfalter in beträchtlicher Anzahl zu sehen war. Der Schmetterling ist »Falter des Jahres 2013« und hat in den Teichwiesen sein einziges Vorkommen in Hamburg. Nach einer Zählung vom 7. Juni ist der Bestand mit weit über hundert Tieren so stark wie selten in den letzten zwanzig Jahren.

Die BUND-Gruppe hofft, dass sich die seltene Falterart bald auch wieder im Umfeld des Naturschutzgebietes ansiedeln kann. Doch dafür fehlt eine wesentliche Voraussetzung: Ausreichend große Bestände des Sumpfveilchens, auch Hundsveilchen genannt. Denn nur an diesen Pflanzen fressen die Raupen der Schmetterlinge. Leider finden die kleinen Pflanzen in unserer entweder zu stark oder zu wenig gepflegten Landschaft kaum noch Lebensraum.

Da der Schmetterling jedoch nicht so weit umherfliegt wie etwa der Kleine Fuchs oder der Zitronenfalter, müssen geeignete Flächen nah am »Geburtsort« liegen. Es muss also ein Mosaik von naturnahen Flächen geben, das auch anspruchsvolleren und spezialisierten Tierarten wie dem Sumpfwiesenperlmutterfalter nicht nur einen Lebensraum gibt, sondern es ihm auch ermöglicht, sich in andere Gebiete auszubreiten.«

Ein weiteres »Problem« in den Volksdorfer Teichwiesen ist der große Teich. Die übermäßige Nährstoffbelastung des Gewässers sorgt für eine enorme Vermehrung von Algen an der Oberfläche und es ist nicht sicher, ob das Abfischen dieser Pflanzen auch in den kommenden Jahren ausreichen wird. Die komplette Entschlammung wäre jedoch für die meisten Bewohner des Gewässergrunds ein tödlicher Eingriff in deren Lebensraum. wh

Alle machen mit – für eine »Lebendige Alster«



Mit Spaß dabei. Mitarbeiterinnen der Alsterdorfstiftung bringen Kies in die Alster ein.

Für die Hamburgerinnen und Hamburger ist die Alster seit jeher ein Erholungs- und Erlebnisraum. Insbesondere im städtischen Bereich suchen sie den Grünzug an der Alster auf, um sich beim Kanufahren, Spaziergehen oder Fahrradfahren zu erholen.

Vor diesem Hintergrund haben sich der BUND und der NABU im Projekt »Lebendige Alster« frühzeitig dazu entschlossen, die Menschen bei der naturnahen Entwicklung der Alster im Abschnitt zwischen Fuhlsbüttel und Poppenbüttel intensiv zu beteiligen. Ziel war es, von den Vor-Ort-Kenntnissen der Teilnehmenden zu profitieren und ergänzende Vorschläge und Änderungswünsche in

die Planung aufzunehmen. Mit diesem Prozess wollte das Team auch eine beispielhafte Beteiligungskultur vorleben, wie sie die Verbände von den für den Gewässerschutz zuständigen Behörden seit Jahren fordern.

Die eigentliche »Beteiligungs-Arbeit« ging bei einer ersten »Werkstatt« am 1. Februar dieses Jahres los. In drei Arbeitsgruppen wurden die Vorschläge des Projektteams lebhaft diskutiert und viele neue Vorschläge eingebracht. Ein Beispiel: Einige Teilnehmer machten deutlich, dass viele Teiche im Alstertal in traurigem Zustand sind, dass diese aber für die Wahrnehmung der Natur an der Alster eine Schlüsselrolle einnehmen.

Die Vorschläge wurden bei der zweiten Beteiligungswerkstatt am 25. April weiterentwickelt. Dabei ging es auch um mögliche Umweltbildungsangebote entlang der Projektstrecke und Maßnahmen, die dafür sorgen, dass die Alster dort für die Wassersportler weiterhin befahrbar bleibt und vielleicht sogar noch attraktiver wird.

Hervorzuheben sind die ausgesprochen anregende und konstruktive Atmosphäre in den Arbeitsgruppen, in denen Anwohner, Behördenvertreter, Naturschützer, Angler und Wassersportler vertreten waren.

Der Entwurf des Konzepts wird voraussichtlich ab Ende September auf der Projektinternetseite »www.lebendige-alster.de« zur Verfügung stehen. Dort finden sich auch alle Termine für die praktische Arbeit am Bach, zu denen Interessierte immer herzlich willkommen sind. es/wh

Wir laden herzlich ein zum

Kinder-Umweltfest Eppendorf

Samstag, 7. September 2013, 15 - 18 Uhr
im **BUND-Kinder-Umwelthaus**

An vielen Mitmachstationen nähertst du dich kreativ der Natur und entdeckst ihre Vielfalt. Du gestaltest Laubmarionetten und Baumgeister aus Ton, baust Astwebrähen, filzt kleine Schätze, verzierst Postkarten mit Sandbildern und stellst selber Pinsel und Natur-Farben her.



Haus der BUNDten Natur
im Kellinghusenpark Eppendorf,
3 Gehminuten von der U-Bahn;
Haltestelle »Kellinghusenstraße«
www.bund-hamburg.de
Tel. (040) 460 34 32



Neue Gesichter beim BUND Hamburg



Hallo, mein Name ist Friederike Jenn und ich habe am 1. August mein Freiwilliges Ökologisches Jahr in der Landesgeschäftsstelle des BUND Hamburg begonnen.

Ich bin 19 Jahre alt und komme aus Norderstedt im Norden Hamburgs, wo ich dieses Jahr auch mein Abitur gemacht habe.

Meine Schwerpunkte beim BUND sind der Klimaschutz und andere energiepolitische Themen. Hierbei werde ich die vielfältigen Aktivitäten des Verbandes unterstützen und eigene Projekte umsetzen. Mit Spannung erwarte ich deshalb das Ergebnis des Volksentscheids zum Rückkauf der Hamburger Energienetze.

Auch in meiner Freizeit befasse ich mich mit ökologischen und sozialen Themen, wobei mein Schwerpunkt in letzter Zeit auf dem Thema Kleidung lag. Ich habe zusammen mit einigen anderen einen Facebookauftritt erstellt, um unsere Mitmenschen auf die Missstände in der Bekleidungsbranche aufmerksam zu machen. Dabei haben wir auch Alternativen aufgezeigt, indem wir umweltfreundliche und sozial vertretbare Labels vorstellten.

Ich freue mich auf ein spannendes Jahr mit vielen neuen Einblicken und Erfahrungen.

Mein Name ist Carina Tränkner, ich bin 21 Jahre alt und absolviere seit August ein Freiwilliges Ökologisches Jahr im Haus der BUNDten Natur.

Ursprünglich komme ich aus dem Harz in Niedersachsen, habe aber zuletzt in Hessen gewohnt, wo ich auch gerade meine Ausbildung zur Maßschneiderin abgeschlossen habe. Neben der Ausbildung engagierte ich mich ehrenamtlich in einem Weltladen und habe mich mit den schrecklichen und unwürdigen Arbeitsbedingungen in der Bekleidungs- und der Nahrungsmittelindustrie sowie deren negativen Auswirkungen auf die Umwelt beschäftigt.

Ich möchte mich auch in Zukunft verstärkt für einen bewussteren und ressourcenschonenderen Konsum sowie einen respektvolleren Umgang mit unserer Umwelt einsetzen.

Das Haus der BUNDten Natur und das Engagement in der BUNDjugend bieten dafür ideale Möglichkeiten.



Fahrrad center

HARBURG BUCHHOLZ

Großmoordamm 63-67 • 21079 Hamburg-Harburg • Tel: 040 / 32 31 00 1-0 • info@fahrradcenter.de
Innungsstraße 2 • 21244 Buchholz/Nordheide • Tel: 04181 / 3 60 60 • www.fahrradcenter.de

WWW.FAHRRADCENTER.DE

Anzeige

Streuobstfestival in Hamburg



Äpfel aus Holland. Zur Europom 2013 werden die Norddeutschen Apfeltage international.

Nicht nur für die Veranstalter der Norddeutschen Apfeltage ist die Europom 2013 ein ganz besonderes Ereignis. 13 Organisationen aus zehn verschiedenen Ländern sind an diesem Wochenende in Hamburg zu Gast, um den Besucher/innen des »internationalen Streuobstfestivals« eine Vorstellung davon zu vermitteln, wie vielseitig der traditionelle Obstbau in Europa ist.

Los geht es am Freitag mit Vorträgen und Workshops zu unterschiedlichen Themen des Streuobstbaus. Am

Samstag und Sonntag findet dann das Europom-Äpfelfest statt mit einer riesigen, internationalen Apfelsortenausstellung, vielen Informationsständen, reichlich kulinarischen Angeboten und zahlreichen Angeboten für Familien und Kindern. Die Besucher können Äpfel aus dem eigenen Garten mitbringen und deren Sorte von den Experten bestimmen lassen.

Europom 2013

(Tagungen und Äpfelfest)

Freitag–Sonntag, 4.–6. Oktober

**Loki-Schmidt-Garten Klein Flottbek
Ohnhorststraße 18, 22609 Hamburg**

Programm und Informationen:

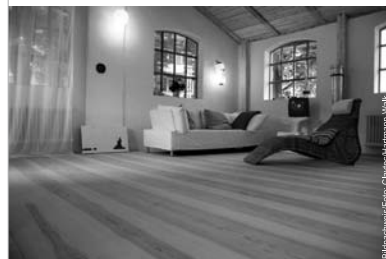
- www.europom2013.de
- oder Tel. (040) 460 63 992



Weitere Veranstaltungen sowie ausführliche Informationen zu einzelnen Terminen finden Sie auf der Homepage des BUND Hamburg unter www.bund-hamburg.de.

Dort finden Sie auch die regelmäßigen Angebote sowie die Termine nach Vereinbarung im Haus der BUNDten Natur.

Wir liefern für Ihr Bauvorhaben!



- Ⓜ Lehmbaumstoffe (CLAYTEC-Programm)
- Ⓜ Naturfarben
- Ⓜ Kalkputz (HAGA) / Kalkfarben / Kalkputze
- Ⓜ Massivholzböden / Schloßdielen (extra breit)
- Ⓜ Altdielen / Aufgearbeitete Altböden
- Ⓜ Naturdämmstoffe + Innenwanddämmsysteme
- Ⓜ Zellulosedämmung
- Ⓜ Wandheizung
- Ⓜ Historische Fenster (Denkmalfenster)
- Ⓜ Fußbodenschleifmaschine im Verleih

LIGNUM

Wir bringen Natur ins Haus.



PAPENREYE 8 • 22453 HAMBURG

TEL. 040/5 70 07 06 • FAX 040/57 00 70-89
Mo - Fr 9.00 - 19.00 Uhr Sa 9.00 - 15.00 Uhr

www.mordhorst-hamburg.de

**Köstlich erfrischende
fruchtige Säfte und
Nektare für den
täglichen Durst**



**Direktverkauf
ab Kelterei**

Montag bis Freitag
10 - 12 & 13 - 16 Uhr
Mi. bis 18 Uhr
Sa. 10 - 13 Uhr

und Belieferung auf Anfrage

**Dorfstraße 28 - 23863 Nienwohld - Tel. 04537 / 250
www.suessmost-schmidt.de**



**Süßmosterei
Paul Schmidt**



Bitte fordern Sie unser
umfangreiches Informationsmaterial an!

Anzeige

BUNDmagazin regional

Hamburg 3/2013

Herausgeber:
BUND Hamburg e.V.
www.bund-hamburg.de

Redaktion,
Satz und Layout:
Paul Schmid

BUND-Adressen

**Bund für Umwelt
und Naturschutz Deutschland
Landesverband Hamburg e.V.**
Lange Reihe 29, 20099 Hamburg

- Tel. (040) 600 38 7 -0; Fax -20
- bund.hamburg@bund.net
- www.bund-hamburg.de

Bezirksgeschäftsstelle Wandsbek
c/o BFW Hamburg GmbH /
Haus T, 2. Stock

- August-Krogmann-Straße 52,
22159 Hamburg
- Tel. (040) 645 81 12 11 (AB)
- bund-wandsbek@bund.net

**Haus der BUNDten Natur
und BUNDjugend**

- Loehrsweg 13, 20249 Hamburg
- Öffnungszeiten und Telefonzeiten:
Montag bis Donnerstag, 10.30–16 Uhr,
- Tel./Fax (040) 460 34 32
- hamburg@bundjugend.de

Spendenkonto: Hamburger Sparkasse • (BLZ 200 505 50) • Konto 1230 122 226